

Pressesprecherin: Linda Schädler
Telefon: 0621 181-1434
schaedler@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de

Mannheim, 15. Februar 2022

Presseinformation

GBP-Monitor: Krisenstimmung trotz steigender Gewinne – unzureichende Staatshilfen bergen Gefahren für Wirtschaft und Gesellschaft

Gute Nachrichten zum Jahresbeginn: Die Lage der Unternehmen hellt sich deutlich auf. Laut Februar-Bericht des German Business Panel (GBP) steigen neben Umsätzen und Investitionen auch die Gewinne wieder. Dennoch ist die Krise nicht überstanden: In den sogenannten Krisenbranchen, zu denen viele Unternehmen des Mittelstands zählen, liegt das Risiko einer Betriebsschließung im Januar immer noch bei 20 Prozent. Darüber hinaus geben fast 30 Prozent der Unternehmen an, dass die momentan bereitstehenden staatlichen Hilfen nicht ausreichen, um die Krise zu überstehen. Die Folgen sind gesamtwirtschaftlich bedeutsam. Denn die Studie zeigt: Die betreffenden Unternehmen neigen stärker dazu, Investitionen für Forschung und Entwicklung zu kürzen, Arbeitsplätze abzubauen und Preise zu erhöhen – und sie halten die staatlichen Einschränkungen deutlich seltener für gerechtfertigt.

Seit Ende September befragt das German Business Panel an der Universität Mannheim Unternehmen in Deutschland, welche Veränderungen sie bei Umsätzen, Gewinnen und Investitionen erwarten. Die Daten vom Januar 2022 zeigen, dass sich die Omikron-Welle nicht nur hinsichtlich des Krankheitsverlaufs, sondern auch auf die betriebswirtschaftliche Situation der Unternehmen milder auswirkt als die vorangegangenen Infektionswellen. Umsätze und Investitionen sind im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich gestiegen (plus 9,08 bzw. 7,58 Prozent). Darüber hinaus erwarten die Unternehmer für das neue Jahr 2022 im Schnitt nun auch wieder steigende Gewinne (plus 1,85 Prozent).

Obwohl sich die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu Jahresbeginn im Mittel deutlich erholt haben, ist die Unsicherheit am Markt unverändert hoch. Der Anteil an Unternehmen, die nach Einschätzung von Wettbewerbern aus derselben Branche innerhalb des kommenden Jahres aus der Geschäftstätigkeit ausscheiden, liegt im Januar bei 13,3 Prozent. Besonders kritisch bleibt die Lage für Unternehmen, die bereits von Ladenschließungen im Zuge des Teil-Lockdowns im November und Dezember 2020 betroffen waren. Im Vergleich zum Dezember 2021 ist die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in den betreffenden Branchen zwar zurückgegangen, dennoch liegt sie zu Jahresbeginn immer noch bei 20,1 Prozent.

Die staatlichen Hilfsprogramme sehen viele Unternehmen kritisch. Im Januar 2022 gaben mehr als 28 Prozent der Unternehmen an, dass die derzeit verfügbaren staatlichen Hilfen nicht ausreichen, um die Corona-Krise zu überstehen. Weitere 28 Prozent konnten diese Frage nicht eindeutig beantworten. „Die Unternehmen können sich momentan nicht auf einen klaren Fahrplan aus der Pandemie verlassen. Die Unsicherheit durch die gesundheitliche und wirtschaftliche Entwicklung, aber auch durch die Politik bleibt hoch“, resümiert Dr. Davud Rostam-Afschar, der akademische Leiter des GBP.

Eine eingehende Analyse zeigt, dass unzureichende staatliche Hilfen auch direkte Auswirkungen auf unternehmerische Entscheidungen haben. Unternehmen, die angeben, zusätzliche staatliche Hilfen zu benötigen, planen im Vergleich zu Unternehmen mit ausreichender staatlicher Unterstützung eher, Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu kürzen, Fixkosten zu senken und Preise zu erhöhen. „Die betreffenden Unternehmen treffen zunehmend Entscheidungen zugunsten einer sofortigen Liquiditätssicherung, die jedoch eindeutig auf Kosten der Zukunft geht“, erklärt Prof. Dr. Jannis Bischof, Inhaber des Lehrstuhls für ABWL und Unternehmensrechnung an der Universität Mannheim und wissenschaftlicher Projektleiter des GBP. „Sie investieren weniger, bauen Arbeitsplätze ab und erhöhen die Preise. Mittelfristig kann das auch gesamtwirtschaftliche Folgen haben. Das sollte die Politik bedenken, wenn sie darüber entscheidet, wie die Staatshilfen über den Sommer 2022 weitergeführt werden.“

Unternehmen, die weiterer Unterstützung bedürfen, sind außerdem mit der Wirtschafts- und Coronapolitik der Bundesregierung deutlich unzufriedener. „Die Unzufriedenheit mit den staatlichen Hilfen stellt somit eine reale Gefahr für die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen dar. Auch dies zeigen unsere Daten. Wenn Unternehmen fürchten, dass die aktuellen Hilfen nicht ausreichen, um die Krise zu überleben, halten sie die Einschränkungen des öffentlichen Lebens während der Omikron-Welle deutlich seltener für gerechtfertigt“, ergänzt Bischof.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Februar 2022“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2022/02/gbp_monitor_2022_02_web.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet. In diesem Monat haben wir den Unternehmen unter anderem die folgende Frage gestellt: **Reichen die momentan bereitstehenden staatlichen Hilfen zur Bedarfsdeckung und zum Fortbestand über die Krise hinaus aus?**

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de).

Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019 und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für zunächst vier Jahre gefördert. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von neun Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-Universität Frankfurt am Main, WHU - Otto Beisheim School of Management, und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 12 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1630
E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de

Yvonne Kaul
Forschungskommunikation
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1266
E-Mail: kaul@uni-mannheim.de